

## Anti-Terror-Pläne

## SPD stellt sich gegen Schäuble

**Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verärgert mit seinen Vorstößen zur inneren Sicherheit zunehmend den Koalitionspartner. SPD-Fraktionschef Peter Struck nannte ihn einen Amokläufer.**

"Manche Vorschläge von Herrn Schäuble gleichen den Vorschlägen eines Amokläufers", sagte Struck am Montag in Berlin. Er forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, den Minister in die Schranken zu weisen. Struck betonte, es könne nicht sein, dass ein einzelner Minister permanent Vorschläge unterbreite, von denen er wisse, dass der Koalitionspartner sie nicht mittrage. Auch für die SPD stehe Sicherheit an erster Stelle, aber gleichrangig mit der Freiheit des Bürgers.

## SPD will Schäuble nicht ernst nehmen

Auch SPD-Generalsekretär Hubertus Heil erteilte Schäubles Plänen eine klare

Absage. „Wer glaubt, die Freiheitsrechte in diesem Land einschränken zu können, der geht einen falschen Weg“, warnte er in Berlin. Eine „Militarisierung der Innenpolitik“ werde es mit der SPD nicht geben, sagte Heil. Die SPD-Führung habe deutlich gemacht, dass Schäubles Vorstellungen wie die gezielte Tötung von Terroristen „außerhalb der Rechtsordnung der Bundesrepublik“ lägen. Schäubles Vorschläge seien unerfreulich und könnten nicht ernst genommen werden. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, sagte auf der Internetplattform

[abgeordnetenwatch.de](#): „Das Töten eines Menschen auf Verdacht ist ein schweres Verbrechen. Das ist nur in einem Verbrecher-Staat vorstellbar.“

Merkel will den Koalitionsstreit um die Anti-Terror-Politik in Spitzengesprächen mit den zuständigen Ministern und der SPD entschärfen. Regierungssprecher Thomas Steg kündigte dazu noch für die laufende Woche ein Treffen an. Merkel reagierte zudem zurückhaltend auf den umstrittenen Vorstoß von Innenminister Schäuble zum Umgang mit Terrorverdächtigen, der zunehmend das Klima in der Koalition belastet.

Merkel sei wichtig, dass es rasch einen Beschluss über das BKA-Gesetz und damit auch zum verbliebenen Knackpunkt einer Online-Durchsuchung gebe, sagte Steg. Daher werde die Kanzlerin im Gespräch mit Kabinettsmitgliedern und Koalitionspolitikern die Chancen für eine Eingung ausloten. Auch mit SPD-Chef Kurt Beck, der Schäubles jüngste Pläne scharf kritisiert hatte, werde Merkel sprechen.

## Merkel will bei Kampf gegen Terror keine Denkverbote

Union und SPD streiten seit Wochen darüber, ob das Bundeskriminalamt (BKA) die Befugnis zu Online-Durchsuchungen erhalten soll. Darüber hinaus hatte Schäuble am Wochenende angeregt, islamistische Gefährder, die nicht abgeschoben werden können, vorbeugend einzusperrn, sie mit einem Handy- und Internet-Verbot zu belegen und einen Straftatbestand der Verschwörung einzuführen. Außerdem will er die Rechtmäßigkeit der gezielten Tötung Verdächtiger durch den Staat prüfen lassen.

Steg bezeichnete Schäubles Aussagen als Denkanstoß. „Im Kampf gegen den Terrorismus darf es nach Überzeugung der Bundeskanzlerin weder Denkblockaden noch Denkverbote geben“, bekräftigte er. Richtschnur müsse allerdings das Grundgesetz sein. Grundsätzlich gehe es bei Schäubles Überlegungen um ein langfristiges Thema. „Es sind Vorstellungen, die mit der konkreten Regierungspolitik, mit der kurzfristigen Regierungspolitik, unmittelbar nichts zu tun haben“, betonte Steg. Für Merkel sei derzeit vorrangig, dass das BKA-Gesetz sehr schnell in der Koalition beschlossen werde.

FDP-Chef Guido Westerwelle zeigte sich entsetzt und forderte Schäuble auf, sich von seinen Überlegungen zu distanzieren. „Eine Guantanamoisierung der deutschen Innenpolitik wird mit der FDP niemals eine Mehrheit finden“, erklärte er. Die Entscheidung auf Verdacht sei kein Mittel eines Rechtsstaats, sondern eine Überlegung des Feindstrafrechts.

## Linke nennt Schäubles Pläne „Wahnideen“

Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke, fordert gar Schäubles Rücktritt als Innenminister. „Es wird Zeit, dass die SPD sich aus der Deckung wagt und Schäubles Ablosung fordert“, sagt Jelpke. Es genüge nicht mehr, zweimal in der Woche seinen aktuellen Wahnideen zu widersprechen. „Auch wenn ihm die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit fehlt: Mit seinen permanenten Kamikaze-Angriffen auf die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist Schäuble als Innen- und Verfassungsminister nicht mehr tragbar.“

„Was die Rechtslage bezüglich gezielter Tötungen angeht“, so Jelpke weiter, „ist völlig klar: Verdächtige gelten so lange als unschuldig, bis sie von einem Gericht rechtskräftig verurteilt worden sind. Sie zu töten, ist Mord.“

## Polizei gegen Polizeistaat

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, warf Schäuble „einen gefährlich lockeren Umgang mit den Grundrechten“ vor. „Nach solchen Interviews, in den er quasi die Freiheit abschaffen will, wächst in mir das Gefühl, besser Schäuble als Minister abzuschaffen.“ Die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth sagte, Schäuble habe jedes Maß verloren.

Der GDP-Vorsitzende Konrad Freiberg nannte die Schäuble-Vorschläge unverantwortlich. Einen Staat, wie Schäuble ihn an die Wand male, wolle wohl niemand in Deutschland, auch die Polizei nicht.

Anzeige



**Dubai Investments**  
**Boomende Immobilien-Perle**  
Dubai ist eine der attraktivsten Metropolen mit einem Immobilienmarkt der weltweit Maßstäbe setzt. [weiter](#)